

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Verbandsgemeinde

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 24.09.2026
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:46 Uhr
Ort, Raum: Gröningen, OT Stadt Großsalsleben, Am Anger 4a
(Feuerwehrgerätehaus)

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Fabian Stankewitz

Mitglieder

Herr Sascha Blaik (in Vertretung für Klaus Graßhoff)

Herr Ernst Brunner

Herr Andreas Dippe

Frau Heike Friebertshäuser (in Vertretung für Falk Öhlie)

Herr Gilbert Krüger

von der Verwaltung

Frau Katrin Püschner

Abwesend:

Mitglieder

Herr Klaus Graßhoff (entschuldigt)

Herr Heinrich Sebastian Koch (entschuldigt)

Herr Klaus-Dieter Mager (entschuldigt)

Herr Falk Öhlie (entschuldigt)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und Beschlussfähigkeit
- 2 Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung, öffentlicher Teil
- 3 Beschlussfassung in öffentlicher Sitzung über die Behandlung von Tagesordnungspunkten in nicht öffentlicher Sitzung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Entscheidung über die Einwendungen der Niederschrift der Sitzung am 11.06.2026
- 6 Beschlussfassung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2026
Vorlage: VG/154/26-BV

- 7** Haushaltskonsolidierungskonzept
Vorlage: VG/155/26-BV
- 8** Herstellung des Einvernehmens zu den Entgelt-, Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen zwischen dem Landkreis Börde und der Verbandsgemeinde Westliche Börde
Vorlage: VG/151/26-BV
- 9** Kostenbeitragssatzung der Kindertagesstätten der Verbandsgemeinde Westliche Börde
Vorlage: VG/126/26-BV/1
- 10** Haushaltsvorgriff 2026 für die Inneneinrichtung des Feuerwehrhauses Wulferstedt
Vorlage: VG/147/26-BV
- 11** Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr
Vorlage: VG/134/26-IV
- 12** Prüfung einer möglichen hauptamtlichen Besetzung der Funktion des Gemeindegewehrleiters
Vorlage: VG/142/26-IV
- 13** Information zum Stand der Umsetzung des Förderprogramms „Sirenen 2.0“ – Errichtung einer elektronischen Sirenenanlage im Ortsteil Kroppenstedt
Vorlage: VG/143/26-IV
- 14** Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben - Aufstellung eines integrierten Energiekonzept Verbandsgemeinde Westliche Börde
Vorlage: VG/145/26-BV
- 15** Aufstellung der kommunalen Wärmeplanung für die Verbandsgemeinde Westliche Börde
Vorlage: VG/150/26-BV
- 16** Gewässersatzung 2026
Vorlage: VG/146/26-BV
- 17** Festlegung des Räum- und Streuplanes für den Winterdienst der Verbandsgemeinde Westliche Börde
Vorlage: VG/153/26-BV
- 18** Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen
- 19** Annahme von Spenden
- 20** Informationen des Vorsitzenden und der Verwaltung
- 21** Anfragen, Anregungen und Hinweise der Mitglieder
- 22** Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Nicht öffentlicher Teil

- 23** Entscheidung über Einwendungen der Niederschrift der Sitzung am 11.06.2026, nicht öffentlicher Teil
- 24** Verwaltungsangelegenheit
Vorlage: VG/138/26-BV
- 25** Verwaltungsangelegenheit
Vorlage: VG/159/26-BV
- 26** Information des Vorsitzenden und der Verwaltung
- 27** Anfragen, Anregungen und Hinweise der Mitglieder
- 28** Schließung des nicht öffentlichen Teils der Sitzung

Öffentlicher Teil

- 29** Bekanntgabe gefasster Beschlüsse im nicht öffentlichen Teil
- 30** Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Einberufung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. 6 von 8 Mitgliedern sind anwesend. Es wird informiert, dass zum Zwecke der Protokollführung die Sitzung aufgenommen wird.

zu 2 Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung, öffentlicher Teil

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf. Die Tagesordnung für den öffentlichen Teil wird einstimmig festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	0

zu 3 Beschlussfassung in öffentlicher Sitzung über die Behandlung von Tagesordnungspunkten in nicht öffentlicher Sitzung

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es liegen keine Änderungsanträge für den nicht öffentlichen Teil vor.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf. Die Tagesordnung für den nicht öffentlichen Teil wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	0

zu 4 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es sind keine Einwohner anwesend.

zu 5 Entscheidung über die Einwendungen der Niederschrift der Sitzung am 11.06.2026

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es liegen keine schriftlichen Einwendungen zur Niederschrift vor. Mündlich werden auch keine vorgebracht.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf. Die Niederschrift über die Sitzung vom 11.06.2026, hier öffentlicher Teil, wird einstimmig mit zwei Enthaltungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	4
Nein:	0
Enthaltung:	2

**zu 6 Beschlussfassung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2026
Vorlage: VG/154/26-BV**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Vorsitzende erläutert anhand einer Präsentation die wesentlichen Eckpunkte des Haushaltsplanes und der Haushaltssatzung für das Jahr 2026. Grundlage der Haushaltsplanung sei die bereits am 10. März 2026 durchgeführte Haushaltsvorberatung. Gegenüber dem damaligen Planungsstand hätten sich zwischenzeitlich verschiedene Veränderungen und Konkretisierungen ergeben. Das geplante Jahresdefizit habe von ursprünglich rund 1,8 Mio. Euro auf nunmehr rund 1,575 Mio. Euro reduziert werden können. Insbesondere bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen seien die Planansätze anhand der aktuellen Anordnungsstände und inzwischen bekannten Abschlagszahlungen nochmals überprüft und angepasst worden.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Beratung liegt auf der Entwicklung der Personalaufwendungen. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Personalkosten einen der größten Aufwandsblöcke der Verbandsgemeinde darstellen und deshalb auch Bestandteil der vorgesehenen Haushaltskonsolidierung seien. Frei werdende Stellen sollen künftig grundsätzlich daraufhin geprüft werden, ob eine Wiederbesetzung erforderlich ist, eine interne Aufgabenverlagerung erfolgen kann oder durch organisatorische Veränderungen und Digitalisierung Einsparungen möglich sind. Als bereits umgesetzte bzw. geplante Maßnahmen werden unter anderem Veränderungen im Bereich Tiefbau, die perspektivische Zusammenführung von Leitungsstrukturen im Bauamt sowie weitere altersbedingte oder aufgabenbezogene Stellenreduzierungen dargestellt. Auch die Einführung des digitalen Rechnungseingangs und weitere Digitalisierungsmaßnahmen sollen zu effizienteren Verwaltungsabläufen beitragen.

Aus dem Ausschuss wird die vorgesehene Reduzierung der Personalaufwendungen bis zum Jahr 2029 hinterfragt. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass die Leistungsfähigkeit der Verwaltung auch bei weiteren Stelleneinsparungen gewährleistet bleiben müsse. Der Vorsitzende erläutert hierzu konkrete Überlegungen. Einsparungen sollen sich unter anderem aufgrund rückläufiger Kinderzahlen und des damit verbundenen geringeren Personalbedarfs in den Kindertagesstätten, durch auslaufende bzw. nicht wiederzubesetzende Stellen sowie durch organisatorische Veränderungen innerhalb der Kernverwaltung ergeben. Gleichzeitig wird erläutert, dass die Verwaltung künftig ihre Aufgaben- und Organisationsstruktur näher darstellen und gemeinsam mit den politischen Gremien weitere Optimierungsmöglichkeiten untersuchen wolle. Eine gesonderte Grundsatzentscheidung über die Art und den Umfang einer Organisationsuntersuchung soll zu einem späteren Zeitpunkt vorbereitet werden.

Weiterhin werden Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmesituation und zur Senkung laufender Aufwendungen angesprochen. Hierzu gehören unter anderem die Überarbeitung der Verwaltungskostensatzung, die weitere Optimierung der Bauhofkalkulation, die Digitalisierung des Auftrags- und Stundenmanagements sowie die Überprüfung bestehender Verträge. Auch durch die Neuausschreibung von Strom- und Gaslieferverträgen werden Einsparungen erwartet. Im Bereich der IT soll geprüft werden, welche bisher extern vergebenen Leistungen künftig verstärkt durch eigenes Personal wahrgenommen werden können.

Im investiven Bereich werden insbesondere der Neubau des Feuerwehrgerätehauses Wulferstedt, noch ausstehende Restarbeiten im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau sowie weitere aus dem Sondervermögen finanzierte Maßnahmen erläutert. Für das Feuerwehrgerätehaus Wulferstedt stehen im Haushaltsjahr ein Ansatz von rund 1,19 Mio. Euro sowie übertragene Mittel aus dem Vorjahr zur Verfügung. Die Gesamtmaßnahme bewege sich weiterhin innerhalb des vorgesehenen Kostenrahmens. Für die geplante Maßnahme an der Kindertagesstätte Wulferstedt werde weiterhin das Ziel verfolgt, die Baugenehmigung zu erlangen. Die hierfür noch erforderliche Baulast sei inzwischen vorbereitet worden.

Ausführlich erörtert wird zudem die Liquiditätssituation der Verbandsgemeinde. Dabei wird auf unterschiedliche Darstellungen des erforderlichen Liquiditätskreditrahmens in den Haushaltsunterlagen und im Haushaltskonsolidierungskonzept hingewiesen. Die Verwaltung sagt eine nochmalige Prüfung und Erläuterung der Differenz zu. Zum Zeitpunkt der Beratung liege die tatsächliche Inanspruchnahme des Liquiditätskredites bei rund 8,5 Mio. Euro. Als wesentliche Ursache für den hohen Liquiditätsbedarf werden insbesondere erhebliche Kostensteigerungen bei früheren Investitionsmaßnahmen genannt. Langfristiges Ziel müsse eine schrittweise Rückführung der Liquiditätskredite sein. Eine Umschuldung in langfristige Darlehen werde derzeit aufgrund der aktuellen Finanzierungsbedingungen nicht vorgesehen.

Im weiteren Verlauf wird festgestellt, dass die Verbandsgemeinde in den kommenden Jahren bei eigenen, nicht geförderten Investitionen nur über einen sehr eingeschränkten finanziellen Handlungsspielraum verfügen werde. Gleichzeitig seien durch zahlreiche Investitions- und

Förderprojekte der Mitgliedsgemeinden weiterhin erhebliche personelle Kapazitäten der Verwaltung gebunden.

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung über die Entwicklung des Handwerkerhofes. Dieser sei gut ausgelastet; für weitere Projekte bestehe bereits eine Warteliste aus mehreren Mitgliedsgemeinden. Zudem werden die derzeitigen Pachteinahmen aus dem Breitbandnetz erläutert. Diese liegen bei rund 25.600 Euro netto monatlich und sollen sich durch weitere hinzukommende Anschlüsse nochmals erhöhen. Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation des Netzbetreibers DNS werden mögliche zukünftige Risiken für die Höhe der Pachteinahmen dargestellt. Aktuell würden sich hieraus jedoch noch keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Verbandsgemeinde ergeben. Die Verwaltung teilt abschließend mit, dass mittlerweile sämtliche Schlussrechnungen im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau vorliegen und der Verwendungsnachweis zeitnah vollständig eingereicht werden soll.

Weitere Wortmeldungen zum Haushaltsplan und zur Haushaltssatzung liegen nicht vor.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf.

Die Vorlage wird einstimmig mit 5 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung an den Verbandsgemeinderat zur Beschlussfassung weiterempfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	1

zu 7 Haushaltskonsolidierungskonzept Vorlage: VG/155/26-BV

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Vorsitzende verweist auf die bereits im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan unter Tagesordnungspunkt 6 erfolgten Ausführungen zum Haushaltskonsolidierungskonzept und eröffnet die Beratung.

Aus dem Ausschuss wird darauf hingewiesen, dass das vorliegende Haushaltskonsolidierungskonzept in verschiedenen Bereichen noch keine hinreichend konkreten und finanziell bezifferten Maßnahmen enthalte. Insbesondere im Hinblick auf die angespannte Liquiditätssituation der Verbandsgemeinde sowie mögliche zukünftige Belastungen durch Tarif- und Zinssteigerungen sei es erforderlich, die vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen künftig konkreter darzustellen. Dabei seien insbesondere auch die Auswirkungen von Stelleneinsparungen auf die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu berücksichtigen.

Der Vorsitzende erläutert, dass das vorliegende Haushaltskonsolidierungskonzept als erster Aufschlag zu verstehen sei und mit der Haushaltsplanung 2027 fortgeschrieben und weiter konkretisiert werden müsse. Bereits jetzt würden verschiedene Konsolidierungsansätze geprüft bzw. umgesetzt. Hierzu zählen unter anderem personelle Veränderungen und die Prüfung frei werdender Stellen, Maßnahmen im Bereich der freiwilligen Feuerwehren, die Überprüfung von Verwaltungsstandorten und Verträgen sowie weitere organisatorische und digitalisierungsbezogene Maßnahmen. Für eine belastbare finanzielle Bewertung weiterer Maßnahmen seien teilweise noch zusätzliche Datengrundlagen und Prüfungen erforderlich.

Im Rahmen der Beratung wird ebenfalls die Frage erörtert, ob die Beschlussfassung über das Haushaltskonsolidierungskonzept bis zu einer weiteren Konkretisierung zurückgestellt werden sollte. Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass die Verbandsgemeinde zur Vorlage eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes verpflichtet ist und dieses für die Einreichung des Haushaltes 2026 benötigt wird. Eine weitergehende Konkretisierung soll daher im Zuge der Fortschreibung für das Haushaltsjahr 2027 erfolgen.

Herr Dippe stellt daraufhin folgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, im fortgeschriebenen Haushaltskonsolidierungskonzept für das Haushaltsjahr 2027 konkrete Konsolidierungsmaßnahmen aufzunehmen und diese hinsichtlich ihrer finanziellen Auswirkungen darzustellen.“

Der Vorsitzende ruft über den Antrag zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	0

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Weitere Wortmeldungen und Anträge liegen nicht vor.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf.

Die Vorlage zum Haushaltskonsolidierungskonzept wird unter Berücksichtigung des beschlossenen Antrages einstimmig mit 6 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Stimmenthaltungen an den Verbandsgemeinderat weiterempfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	0

**zu 8 Herstellung des Einvernehmens zu den Entgelt-, Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen zwischen dem Landkreis Börde und der Verbandsgemeinde Westliche Börde
Vorlage: VG/151/26-BV**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage zur Herstellung des Einvernehmens zu den Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen zwischen dem Landkreis Börde und der Verbandsgemeinde Westliche Börde für die Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Verbandsgemeinde.

Er weist darauf hin, dass die Aktualisierung der Vereinbarungen Voraussetzung für die weitere Beratung und Anpassung der Kostenbeitragssatzung ist. Die abschließenden Abstimmungen mit dem Landkreis Börde seien erst unmittelbar vor der Sitzung erfolgt. Die nunmehr

vorliegenden Vereinbarungen bilden die aktuellen Qualitätsanforderungen sowie die für die einzelnen Einrichtungen ermittelten und mit dem Landkreis abgestimmten Platzkosten ab.

Anhand einer Übersicht stellt der Vorsitzende die Entwicklung der Platzkosten für Kinderkrippe, Kindergarten und Hort dar. In die Platzkosten fließen insbesondere Personalaufwendungen, Kosten für Reinigung und Essensausgabe, Gebäudeunterhaltung und Wartung, Energie sowie weitere einrichtungsbezogene Aufwendungen ein. Gegenüber der bisherigen Kalkulation ergeben sich bei den meisten Einrichtungen deutliche Kostensteigerungen. Diese bewegen sich je nach Einrichtung überwiegend in einer Größenordnung von etwa 20 bis 50 Prozent.

Für den Hort Gröningen wird hingegen eine leichte Reduzierung der Platzkosten erläutert. Ursache hierfür sei insbesondere die gegenüber der früheren Kalkulation gestiegene Zahl der genehmigten Plätze von 60 auf 78. Die weitgehend gleichbleibenden Fixkosten verteilen sich dadurch auf eine höhere Anzahl von Plätzen.

Der Vorsitzende erläutert, dass die Vereinbarungen zwischen dem Landkreis Börde und der Verbandsgemeinde als Träger der Einrichtungen verwaltungsseitig ausgehandelt wurden und nunmehr das Einvernehmen des zuständigen Gremiums herzustellen ist.

Weitere Rückfragen oder Hinweise aus dem Ausschuss ergeben sich nicht.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf.

Die Vorlage wird einstimmig mit 6 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Stimmenthaltungen an den Verbandsgemeinderat weiterempfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	0

zu 9 Kostenbeitragssatzung der Kindertagesstätten der Verbandsgemeinde Westliche Börde Vorlage: VG/126/26-BV/1

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Vorsitzende erläutert, dass die Vorlage zur Änderung der Kostenbeitragssatzung bereits in einer vorherigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ausführlich vorberaten worden sei. Im anschließenden Verbandsgemeinderat sei die Vorlage jedoch zurückgezogen worden, da zu diesem Zeitpunkt die erforderlichen aktuellen Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen noch nicht vorgelegen hätten. Nachdem unter Tagesordnungspunkt 8 nunmehr über die Herstellung des Einvernehmens zu diesen Vereinbarungen beraten worden sei, werde die Kostenbeitragssatzung erneut zur Beratung vorgelegt.

Gegenüber der bereits vorberatenen Fassung der Kostenbeitragssatzung seien keine weiteren inhaltlichen Änderungen vorgenommen worden.

Im Rahmen der Beratung wird nochmals die vorgesehene Ermäßigung der Kostenbeiträge für anspruchsberechtigte Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren thematisiert. Bereits in der vorherigen Vorberatung war hierzu ein Änderungsantrag gestellt worden, wonach die Ermäßigung weiterhin 30,00 Euro betragen soll. Da die ursprüngliche Vorlage anschließend

im Verbandsgemeinderat zurückgezogen worden war, wird der Änderungsantrag im Haupt- und Finanzausschuss erneut aufgenommen und beraten.

Herr Dippe stellt erneut den Änderungsantrag, die Ermäßigung der Kostenbeiträge für die betreffenden Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren in Höhe von 30,00 Euro beizubehalten.

Der Vorsitzende ruft über den Änderungsantrag zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	1

Der Änderungsantrag wird einstimmig mit 5 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung angenommen und zur Berücksichtigung in der Beschlussfassung des Verbandsgemeinderates weiterempfohlen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf.

Die Vorlage wird unter Berücksichtigung des zuvor beschlossenen Änderungsantrages einstimmig mit 6 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Stimmenthaltungen an den Verbandsgemeinderat weiterempfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	0

**zu 10 Haushaltsvorgriff 2026 für die Inneneinrichtung des Feuerwehrhauses Wulferstedt
Vorlage: VG/147/26-BV**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage zur vorgesehenen Inneneinrichtung des neuen Feuerwehrgerätehauses Wulferstedt. Im Vorfeld hätten hierzu mehrere Abstimmungen mit den Feuerwehrkameradinnen und Feuerwehrkameraden stattgefunden. Auf dieser Grundlage sei ein Ausstattungskonzept erarbeitet worden, das insbesondere die Möblierung des Schulungs- und Sitzungsraumes, des Büros, der Küche sowie der Umkleidebereiche umfasst.

Bei der Planung sei geprüft worden, welche vorhandenen Ausstattungsgegenstände weiterhin genutzt werden können. Aufgrund der bisherigen räumlichen Gegebenheiten stehe jedoch nur in begrenztem Umfang geeignetes vorhandenes Mobiliar für eine weitere Nutzung zur Verfügung.

Der Vorsitzende führt aus, dass nach gegenwärtigem Stand möglicherweise noch rund 50.000 Euro aus dem bestehenden Baubudget für das Feuerwehrgerätehaus zur Verfügung stehen könnten. Dieser Betrag werde voraussichtlich jedoch nicht ausreichen, um die vorge-

sehene Inneneinrichtung vollständig zu finanzieren. Für die abschließende Finanzierung seien daher im Haushaltsjahr 2027 zusätzliche Mittel erforderlich, die über den bisherigen Gesamtkostenrahmen der Baumaßnahme von rund 3 Mio. Euro hinausgehen.

Die konkrete Form der Finanzierung soll im Rahmen der Haushaltsplanung 2027 festgelegt werden. Als mögliche Finanzierungswege werden unter anderem die Bereitstellung aus vorhandener Liquidität bzw. über den Liquiditätskredit sowie alternative Finanzierungsformen wie Leasing angesprochen. Gegenstand der vorliegenden Beschlussfassung sei zunächst die grundsätzliche Entscheidung, das neue Feuerwehrgerätehaus mit der erforderlichen Inneneinrichtung auszustatten.

Weiterhin wird erläutert, dass die Ausstattungsgüter nicht Bestandteil der bisherigen Hochbaukostenplanung waren. Die Beschaffung der erforderlichen Inneneinrichtung werde üblicherweise gesondert durch das jeweils zuständige Fachamt geplant und finanziert.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf.

Die Vorlage wird einstimmig mit 6 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Stimmenthaltungen an den Verbandsgemeinderat weiterempfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	0

zu 11 Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr Vorlage: VG/134/26-IV

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Vorsitzende erläutert die Informationsvorlage zu den bereits eingeleiteten bzw. in Prüfung befindlichen Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung im Bereich der Freiwilligen Feuerwehren der Verbandsgemeinde Westliche Börde.

Dabei wird dargestellt, dass verschiedene Maßnahmen bereits umgesetzt, vorbereitet oder geprüft werden. Hierzu gehören unter anderem die Überprüfung bisheriger freiwilliger Leistungen, Anpassungen im Zusammenhang mit der Gebührensatzung sowie strukturelle Veränderungen innerhalb des Feuerwehrwesens. In diesem Zusammenhang werden insbesondere mögliche Zusammenlegungen von Standorten bzw. die Aufgabe einzelner Teilstandorte genannt.

Darüber hinaus werde nicht mehr benötigte Feuerwehrtechnik schrittweise veräußert. Als konkretes Beispiel wird das nicht mehr benötigte TSF-W in Gröningen benannt. Durch den Wegfall entsprechender laufender Unterhaltungs- und Folgekosten sollen weitere Einsparungen erzielt werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Informationsvorlage ursprünglich für eine Beratung im Bau- und Brandschutzausschuss vorgesehen gewesen sei. Aufgrund der Absage dieser Ausschusssitzung werde die Information nunmehr im Haupt- und Finanzausschuss gegeben.

Weitere Fragen oder Hinweise aus dem Ausschuss ergeben sich nicht.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis. Eine Abstimmung erfolgt nicht.

zu 12 Prüfung einer möglichen hauptamtlichen Besetzung der Funktion des Gemeindewehrleiters
Vorlage: VG/142/26-IV

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Vorsitzende erläutert die Informationsvorlage zum Prüfauftrag hinsichtlich der Frage, ob die Funktion des Gemeindewehrleiters der Verbandsgemeinde Westliche Börde künftig hauptamtlich wahrgenommen werden kann.

Der Prüfauftrag geht auf eine Anregung aus einer vorherigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurück. Die Verwaltung habe die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen hierzu geprüft.

Im Ergebnis wird festgestellt, dass eine hauptamtliche Besetzung der Funktion des Gemeindewehrleiters in der angedachten Form nicht umsetzbar ist. Die Funktion ist als Ehrenbeamtenverhältnis ausgestaltet und setzt eine entsprechende Wahl voraus. Eine dauerhafte hauptamtliche Beschäftigung würde insbesondere vor dem Hintergrund der zeitlich begrenzten Wahlperiode und einer möglichen Nichtwiederwahl zu arbeits- bzw. personalrechtlichen Folgefragen führen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass damit der erteilte Prüfauftrag abgearbeitet und das Ergebnis dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben wurde.

Weitere Fragen oder Hinweise aus dem Ausschuss ergeben sich nicht.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Informationsvorlage sowie das Ergebnis des Prüfauftrages zur Kenntnis. Eine Abstimmung erfolgt nicht.

zu 13 Information zum Stand der Umsetzung des Förderprogramms „Sirenen 2.0“ – Errichtung einer elektronischen Sirenenanlage im Ortsteil Kroppenstedt
Vorlage: VG/143/26-IV

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Vorsitzende erläutert die Informationsvorlage zum vorgesehenen Sirenenstandort in Kroppenstedt. Für die Errichtung der neuen Sirenenanlage liege eine Förderung in Höhe von 90 Prozent vor. Die Maßnahme sei entsprechend in der Haushaltsplanung der Verbandsgemeinde berücksichtigt.

Im Rahmen der Beratung wird darauf hingewiesen, dass hinsichtlich des genauen Standortes der Sirenenanlage noch Abstimmungsbedarf bestand. Die Verwaltung habe die hierzu aufgeworfenen Fragen nochmals geprüft und stehe mit der Stadt Kroppenstedt in Abstimmung. Ziel sei es, die konkrete Standortfestlegung im Einvernehmen mit der Mitgliedsgemeinde vorzunehmen.

Weitere Fragen oder Hinweise aus dem Ausschuss ergeben sich nicht.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis. Eine Abstimmung erfolgt nicht.

zu 14 Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben - Aufstellung eines integrierten Energiekonzept Verbandsgemeinde Westliche Börde
Vorlage: VG/145/26-BV

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage zur Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben für die Aufstellung eines integrierten Energiekonzeptes für die Verbandsgemeinde Westliche Börde.

Zwischenzeitlich liege der Fördermittelbescheid vor. Für die Maßnahme werde eine Förderung in Höhe von 90 Prozent gewährt. Ursprünglich sei lediglich mit einer Förderquote von 80 Prozent gerechnet worden. Die Förderzusage ermögliche nunmehr die Beauftragung des vorgesehenen Planungsbüros.

Da der Haushaltsplan zum Zeitpunkt des Eingangs des Fördermittelbescheides bereits aufgestellt war, sei eine nachträgliche haushaltsrechtliche Ermächtigung erforderlich. Für die Beauftragung müsse die gesamte erforderliche Ausgabesumme berücksichtigt werden, auch wenn voraussichtlich nicht sämtliche Mittel noch im laufenden Haushaltsjahr kassenwirksam werden. Die im Folgejahr benötigten Mittel einschließlich der entsprechenden Förderanteile sollen im Haushalt 2027 erneut berücksichtigt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass von der genehmigten überplanmäßigen Ausgabe nur der tatsächlich erforderliche Betrag in Anspruch genommen wird.

Weitere Fragen oder Hinweise aus dem Ausschuss ergeben sich nicht.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf.

Die Vorlage wird einstimmig mit 6 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Stimmenthaltungen an den Verbandsgemeinderat weiterempfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	0

zu 15 Aufstellung der kommunalen Wärmeplanung für die Verbandsgemeinde Westliche Börde
Vorlage: VG/150/26-BV

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Vorsitzende erläutert, dass die Verbandsgemeinde Westliche Börde neben der Aufstellung des integrierten Energiekonzeptes auch zur Durchführung einer kommunalen Wärmeplanung verpflichtet ist. Die Wärmeplanung ist bis zum 30. Juni 2028 abzuschließen.

Zwischenzeitlich sei geklärt, dass die Verbandsgemeinde für die Erstellung der Wärmeplanung zuständig ist. Für Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohnern stehe hierfür eine

pauschale Kostenerstattung in Höhe von 55.000 Euro zur Verfügung. Voraussetzung für die Beantragung dieser Mittel sei ein entsprechender Grundsatzbeschluss zur Aufstellung der kommunalen Wärmeplanung. Mit der vorliegenden Beschlussfassung werde noch keine konkrete Beauftragung eines Dienstleisters vorgenommen.

Nach aktuellem Stand werde davon ausgegangen, dass sich die Kosten der Wärmeplanung in etwa im Bereich der vorgesehenen Pauschalförderung bewegen. Eine abschließende Kostenermittlung bzw. Angebotseinholung stehe noch aus.

Auf Nachfrage wird der Unterschied zwischen dem integrierten Energiekonzept und der kommunalen Wärmeplanung erläutert. Während das Energiekonzept konkrete Maßnahmen einschließlich wirtschaftlicher Betrachtungen entwickeln soll, dient die kommunale Wärmeplanung insbesondere dazu, die zukünftigen Möglichkeiten der Wärmeversorgung im Gebiet der Verbandsgemeinde darzustellen. Hierzu sollen unter anderem bestehende Versorgungsnetze, mögliche zukünftige Wärmenetze sowie weitere regionale Versorgungsoptionen betrachtet werden. Die Wärmeplanung soll damit insbesondere den Einwohnerinnen und Einwohnern eine langfristige Orientierung für zukünftige Entscheidungen zur Wärmeversorgung ermöglichen.

Weitere Fragen oder Hinweise aus dem Ausschuss ergeben sich nicht.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf.

Die Vorlage wird einstimmig mit 6 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Stimmenthaltungen an den Verbandsgemeinderat weiterempfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	0

zu 16 Gewässersatzung 2026 Vorlage: VG/146/26-BV

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Vorsitzende erläutert, dass die Kalkulation der Gewässerunterhaltungsbeiträge für jedes Beitragsjahr fortzuschreiben ist und die entsprechende Kalkulation für das Jahr 2026 durch die Verwaltung erarbeitet wurde. Diese bildet die Grundlage für die Festsetzung der Beiträge nach der Gewässersatzung 2026 und ist entsprechend öffentlich bekannt zu machen.

Im Rahmen der Beratung wird die Höhe der Umlagen der Unterhaltungsverbände angesprochen. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Verbandsgemeinde auf die von den Unterhaltungsverbänden festgesetzten Kosten im Rahmen dieser Beschlussfassung keinen unmittelbaren Einfluss hat. Gegenstand der vorliegenden Beratung seien ausschließlich die auf diesen Grundlagen beruhende Kalkulation und die Gewässersatzung der Verbandsgemeinde.

Darüber hinaus werden Fragen zur praktischen Gewässerunterhaltung, insbesondere zum Umgang mit Gehölzen und weiteren Unterhaltungsmaßnahmen, angesprochen. Der Vorsitzende stellt klar, dass diese Fragen nicht Gegenstand der vorliegenden Beschlussfassung sind, sondern im Rahmen der Gewässerschauen bzw. gegenüber den zuständigen Unterhaltungsverbänden zu thematisieren sind.

Weitere Hinweise zur Kalkulation oder zur Satzung ergeben sich nicht.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf.

Die Vorlage wird einstimmig mit 5 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung an den Verbandsgemeinderat weiterempfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	1

zu 17 Festlegung des Räum- und Streuplanes für den Winterdienst der Verbandsgemeinde Westliche Börde
Vorlage: VG/153/26-BV

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage zur Feststellung des Räum- und Streuplanes für den Winterdienst der Verbandsgemeinde Westliche Börde. Er weist darauf hin, dass die Mitarbeitenden des Bauhofes bereits in der Vergangenheit nach einer entsprechenden Priorisierung gearbeitet hätten, der Räum- und Streuplan jedoch bislang nicht förmlich durch das zuständige Gremium beschlossen worden sei.

Mit der vorliegenden Beschlussfassung sollen die Prioritäten und die Reihenfolge der im Winterdienst zu bearbeitenden Straßen und Bereiche nunmehr formal bestätigt werden.

Im Rahmen der Beratung wird darauf hingewiesen, dass in der vorliegenden Übersicht möglicherweise einzelne Straßen nicht aufgeführt seien. Seitens der Verwaltung wird erläutert, dass dies im Einzelfall darauf zurückzuführen sein könne, dass bestimmte Straßen in der Priorisierung entsprechend nachrangig eingeordnet wurden.

Weitere Hinweise oder Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf.

Die Vorlage wird einstimmig mit 6 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Stimmenthaltungen an den Verbandsgemeinderat weiterempfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	0

zu 18 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es liegen keine Vorlagen vor.

zu 19 Annahme von Spenden

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es liegen keine Vorlagen vor.

zu 20 Informationen des Vorsitzenden und der Verwaltung

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es liegen keine Informationen vor.

zu 21 Anfragen, Anregungen und Hinweise der Mitglieder

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

zu 22 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 20:31 Uhr geschlossen.

zu 29 Bekanntgabe gefasster Beschlüsse im nicht öffentlichen Teil

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es wurden keine Beschlüsse gefasst.

zu 30 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20:46 Uhr.

gez. Fabian Stankewitz
Vorsitzender

gez. Katrin Püschner
Protokollführerin